

miński mit der nicht zustandegekommenen Generalsynode der Evangelischen in Radom im Jahre 1594. Ursache ihres Scheiterns waren die Vorbehalte der Lutheraner und der Reformierten gegenüber den das Arianertum verkörpernden Böhmisches Brüdern und die ablehnende Haltung des Kanzlers Jan Zamoyski, der in einer solchen Synode den Keim andauernder konfessioneller Streitigkeiten in der Adelsrepublik sah. Die katholische Seite berief sich auf den Reichstagsbeschuß von 1593, der während der Abwesenheit des Königs alle politischen Versammlungen verboten hatte. Lediglich im Falle einer auswärtigen Bedrohung des Staates durfte der Primas im Einvernehmen mit anderen Senatoren einen außerordentlichen Sejm in Warschau einberufen. Eine Synode der Protestanten rufe nur Unruhe und Intrigen hervor und führe zur Zerrüttung der inneren Ordnung. Lediglich die katholische Kirche habe das Recht, mit Billigung des Papstes Synoden einzuberufen. Auch nach der Rückkehr des Königs aus Schweden konnten die Protestanten ihren Synodalplan zunächst nicht verwirklichen. 1595 befaßte sich der Sejm mit der Vorbereitung eines Vergeltungsfeldzugs gegen die Tataren, der aber nicht zur Ausführung kam. Im selben Jahr eröffnete der einflußreiche Jesuit Piotr Skarga eine Kampagne gegen die Protestanten, deren Ziel die Beseitigung der von der Warschauer Generalkonföderation 1573 verkündeten Religionsfreiheit des Adels war. Besonders kompliziert war die Lage in Litauen, wo die Absicht des Königs, den Kulmer Bischof Stanisław Gomoliński zum Bischof von Wilna zu ernennen, auf großen Widerstand des litauischen Adels stieß.

Das folgende Kapitel behandelt die protestantische Generalsynode in Thorn im Herbst 1595, die infolge des Fernbleibens des Königs und der Ablehnung seitens des katholischen Adels und Klerus nur begrenzte Wirksamkeit entfalten konnte. Die Hoffnung der Evangelischen, den katholischen Einfluß im Sejm zu verringern, erfüllte sich nicht. Eher war das Gegenteil der Fall. Nicht nur der Streit um die Besetzung des Wilnaer Bischofstuhls verschärfte sich, überhaupt versagte der von dem Wilnaer Wojewoden Krzysztof Radziwiłł geführte reformierte litauische Adel Sigismund III. die Zustimmung zu dessen Rüstungs- und Steuerplänen. Das energische Auftreten Radziwiłłs konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß inzwischen in nahezu allen Wojewodschaften die Katholiken das Übergewicht über die Protestanten erlangt hatten. Als günstig für die Evangelischen erwies sich lediglich die bedrängte Lage des Königs, in die er wegen der Forderung nach einer Inkorporation Estlands und der Erfüllung der *acta conventa* geraten war.

Abschließend werden die Wilnaer Konföderation von Protestanten und Russisch-Orthodoxen (1599) und die Gründe ihres Scheiterns analysiert. Sie zerbrach vor allem wegen der unterschiedlichen Glaubensrichtung und politischen Zielsetzung beider Parteien. Nachteilig war auch, daß Krzysztof Radziwiłł und die Disuniten [Orthodoxe, die sich der Brester Union von 1596 nicht angeschlossen hatten] das Konföderationsdokument nicht unterschrieben. Fazit der vorliegenden Studie ist die Feststellung, daß sich trotz aller Aktionen die Lage des protestantischen Adels am Ende des 16. Jhs. zunehmend verschlechtert hatte. Damit war das Feld für die absolute Dominanz des Katholizismus in der Adelsrepublik geschaffen, die im Laufe des 17. Jhs. dank ihres festen Bündnisses mit dem Adel zustandekam.

Berlin

Stefan Hartmann

**Jerzy Lukowski: Liberty's folly.** The Polish-Lithuanian commonwealth in the eighteenth century, 1697–1795. Verlag Routledge. London, New York 1991. XV, 316 S., 2 Ktn., Abb. £ 40.00.

Zu Recht konstatiert Jerzy Lukowski in seinem Vorwort (S. XIII), daß es für den englischsprachigen Raum bislang keine zufriedenstellende Gesamtdarstellung zur pol-

nischen Geschichte im 18. Jh. gab. (Dies gilt, trotz der verdienstvollen Detailstudien vor allem aus der Feder von K. Zernack, J. K. Hoensch und M. Müller, auch für Deutschland.) Mit dem Erscheinen von L.s Buch ist diese Aussage jedoch überholt. Jetzt liegt eine konzeptionell wohl durchdachte, umfassende und nahezu allen Ansprüchen gerecht werdende Arbeit zur polnischen Geschichte im 18. Jh. vor.

L. gliedert seinen Überblick in zwei etwa gleich große Teile, einen systematischen („The structure of the unreformed Commonwealth“) und einen chronologischen („Continuity and change“). Ausgehend von der Feststellung, „the Polish-Lithuanian state was an enormous hybrid which had failed to develop the organization and machinery necessary to cope with its diversities and size“ (S. 4), beschreibt der Vf. detailliert die Sozialstruktur der polnischen Adelsrepublik, wobei das Schwergewicht der Darstellung nicht auf der bekannten Dominanz des Adels (szlachta) liegt, sondern in gleicher Ausführlichkeit auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Land- und Stadtbevölkerung beschrieben und analysiert werden. Besonders das Kapitel über die Bauern offenbart L.s stupende Kenntnis: Souverän in der Faktenbeherrschung dringt er bis in letzte Verästelungen der Produktionsverhältnisse, bäuerlicher Abhängigkeiten und vergeblicher Ausbruchversuche vor. Abgeschlossen wird der erste Teil mit einem Überblick über die Institutionen der polnischen Adelsrepublik, der in aller Deutlichkeit die inneren, verfassungspolitischen Schwachstellen und Defekte bloßlegt, die zur fortschreitenden Destabilisierung des polnischen Staates entscheidend beitrugen und schon Zeitgenossen urteilen ließen, daß die Absurdität politischer Institutionen und Verfahrensweisen die weitere Existenz der Adelsrepublik unmöglich mache (S. 117). Zu Recht weist L. nachdrücklich darauf hin, daß die szlachta um ihrer Privilegien willen immer wieder erfolgreich intervenierte, um die einer gesamteuropäischen Tendenz entsprechende Entwicklung zu einem absolutistischen Staatswesen zu verhindern. Ein einziger, kleiner Einwand soll nicht verschwiegen werden: Zwar läßt sich über Gewichtigungen innerhalb einer Gesamtdarstellung immer trefflich streiten, doch ist bei der Bedeutung, die der katholischen Kirche in Polen zukam (und zukommt), ein gewisses quantitatives Ungleichgewicht zwischen den Abschnitten über die Juden (fünf Seiten) und die katholische Kirche (zweieinhalb Seiten) unübersehbar.

Im zweiten, chronologisch angelegten Teil seines Werkes bleibt L. weitgehend der politischen Geschichte verhaftet. An die Stelle der analytischen Brillanz des ersten Abschnitts tritt eine zwar korrekte, bisweilen aber zu eng an das Faktische gebundene Darstellungsweise. Ausführlich, streckenweise etwas zu detailverliebt, werden die kriegerischen Auseinandersetzungen geschildert, in denen Polen zumeist den passiven, leidenden Part übernahm und damit zusehends zum Spielball der Nachbar- und späteren Teilmächte Preußen, Rußland und Österreich wurde. Etwas zu knapp gestaltet sind in den Kapiteln über die sächsische Herrschaft in Polen die positiven Aspekte wie beispielsweise die in Friedenszeiten durchaus mit den Nachbarstaaten vergleichbaren wirtschaftlichen Zuwachsraten. Breiten Raum nimmt hingegen die Frage der Nachfolgeregelung nach dem Ableben eines polnischen Königs ein. Auch hier gilt, bei aller Korrektheit der Darstellung, daß der Text ein wenig hätte gestrafft werden können, ohne an Substanz zu verlieren. Vorzüglich gestaltet sind die Abschnitte über die Regierungszeit Stanisław August Poniatowskis, und dies vor allem in den Teilen, in denen L. über die politische Geschichte hinausführt. In dem Kapitel „Progress and problems: the Polish Enlightenment“ werden die Anstrengungen, das polnische Staatswesen zu reformieren, detailliert beschrieben; dabei ging es nicht nur um die politischen Institutionen, sondern weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, vor allem auch das Erziehungswesen, sollten umgestaltet werden. Ihren Höhepunkt erreichten diese Bemühungen mit der bekannten Verfassung vom 3. Mai 1791. Bei aller Sympathie, die L. diesem Grundgesetz und den weiteren Maßnahmen des Vierjährigen Reichstages ent-

gegenbringt, verliert er doch keineswegs die vielen retardierenden Elemente, die Zugeständnisse an die Magnaten und andere Unzulänglichkeiten aus dem Auge. Trotzdem, und darin ist L. ohne Einschränkung zuzustimmen, „the Polish experiment ... was worth making. It never received the chance either to succeed or fail“ (S. 252). Den Gründen, aus denen die Reformmaßnahmen nicht greifen konnten, der Entstehungsgeschichte der 2. und 3. Teilung Polens sowie dem Versuch, sich militärisch gegen die Teilungsmächte zur Wehr zu setzen (Kościuszko-Aufstand), widmet L. nur noch wenige Seiten, auf denen das faktische Geschehen dargestellt wird. Analyse und Interpretation treten dahinter stark zurück.

L. hat seinem Buch eine ganze Reihe nützlicher Beigaben hinzugefügt (Karten, Illustrationen, Chronologie, Glossar), unter denen die umfangreiche Bibliographie (S. 278–296) herausragt. Ob damit allerdings der nahezu vollständige Verzicht auf einen Anmerkungsapparat, dessen Begründung (S. XIV) der Rezensent nicht zu folgen vermag, ausgeglichen werden kann, scheint zweifelhaft. Trotz einiger Kritik im Detail wird man zukünftig bei jeder Beschäftigung mit der polnischen Geschichte des 18. Jhs. L.s Werk zugrunde legen müssen und dies auch guten Gewissens tun können.

Kiel

Eckhard Hübner

**Konstytucja 3 Maja i jej tradycje.** [Die Verfassung des 3. Mai und ihre Traditionen.] Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Wyd. PAN. Wrocław, Warszawa, Kraków 1992. 68 S.

Der Band enthält die Texte von Vorträgen, die von März bis Mai 1991 im Rahmen der Reihe „Die Verfassung des 3. Mai und ihre Traditionen“ in Danzig gehalten wurden. Organisiert wurden die Veranstaltungen vom Zentrum zur Verbreitung der Wissenschaft der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN), der Danziger Gelehrten Gesellschaft und der Danziger Zweigstelle der PAN.

Im ersten Vortrag behandelte der Warschauer Historiker Jerzy Michalski (PAN) die Entstehung der Verfassung. Er weist darauf hin, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit drastischer Reformen bei den Eliten seit Beginn des 18. Jhs. langsam reifte und sowohl den politischen wie den sozio-ökonomischen Bereich umfaßte. Władysław Zajewski (PAN, Abt. Danzig) schafft es in seinem Beitrag nicht, die konkrete Mitarbeit des bedeutenden Publizisten Józef Wybicki (1747–1822) an der Maiverfassung näher zu veranschaulichen, da er zu oft auf andere Aspekte der Zeit des Vierjährigen Sejms eingeht. Dagegen gelingt Bogusław Cygler (Danzig) in seinem Artikel über die Rolle der Maiverfassung im Denken der Großen Emigration die Darstellung der politischen Gegensätze zwischen dem konservativen „Hotel Lambert“ um Fürst Czartoryski und den an Joachim Lelewel anknüpfenden Radikaldemokraten ausgezeichnet. Er kann zeigen, wie die Czartoryski-Fraktion in ritueller Weise die Errungenschaften der Verfassung immer wieder feierte, während die ebenfalls in Paris ansässige Demokratische Gesellschaft die Halbheiten des Reformwerkes kritisierte. Einen interessanten Mosaikstein zum Gesamtbild liefert Edmund Cieślak (PAN, Abt. Danzig) in einem Beitrag über die Zeit von 1788–1792 aus der Sicht zweier französischer Diplomaten in Danzig. Hierin werden die inneren Schwierigkeiten Polens ebenso deutlich wie die internationalen Ränkespiele am Beispiel der Besitzansprüche auf die Stadt Danzig. Abgerundet wird das Büchlein durch einen weiteren Beitrag B. Cyglers zu Reformversuchen des Sejm nach 1791 vor allem im wirtschaftlichen und rechtlichen Bereich und durch den etwas zwanghaften Versuch Andrzej Ajnenkiels (PAN Warschau), eine direkte Verbindung zwischen 1791 und dem Wiederentstehen des polnischen Staates 1918 herzustellen.

Mainz

Markus Krzoska